

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, regelmäßige Beilagen „Der Lauer aus Gessen“, „Die Spinnfabrik“. Bezugspreis: Bei den Voranhalten vierteljährlich M. 2,70. Hinzu tritt noch das Beleggeld; bei den Bezügen monatlich 1,00 M., einschließlich Transportlohn. Anzeigen: Grundrate 20 Bg., totale 20 Bg., Anzeigen von auswärts werden durch Vorkaufnahme erhoben. Erscheinungsort: Aachen, Schriftleitung und Verlag: Friedrich Heßler, Hauptstraße 12, Fernsprecher 43, Telephon-Loth 453, Amt Fernschrift a. M.

Die zurückkehrenden Wehrpflichtigen.

Um Zweifel zu beseitigen, wird darauf hingewiesen, daß sämtliche bisher, vom Wehrdienst zurückgestellten Wehrpflichtigen als aus dem Wehrdienst entlassen gelten, ausgenommen die Angehörigen der Jahrgänge 1898 und 1899, die zum Wehrdienst einberufen und — gleichgültig aus welchem Grunde — wieder entlassen waren. Diese werden von dem Wehrkommando dem nächstgelegenen Ersatztruppenteil ihrer Wafengattung überlesen.

Gelüste um weitere Zurückstellung bezw. Entlassung aus dem Wehrdienst, wie sie zur Zeit häufig hier und bei der Kriegsentlassung noch einzuholen, sind daher nicht mehr nennenswert. Für Angehörige der Jahrgänge 1898 bis 99 kann ihnen zunächst auf keinen Fall entgegengetreten werden.

Frankfurt a. M., 30. November 1918.

Im Auftrag des Arbeiters- und Soldatenrats:
Das stellvertretende Generalkommando 18. A. K.
ges. v. Studny, Generalmajor.

Die Arbeitskräfte im linksrheinischen Industriegebiet.

Frankfurt a. M., 30. Nov. (WB.) Wie der Staatskommissar für Demobilisation mitteilt, haben Arbeitskräfte im linksrheinischen Industriegebiet entgegen aller Zurücksetzungsgerüchte auf ihren Arbeitsstellen zu bleiben. Die in dem zu lösenden Gebiet beiderseits des Rheins wohnhaften Wehrangehörigen können mit Ausnahme der Jahrgänge 1898 bis 99 dorthin entlassen werden. Die Bestimmungen, daß die feindliche Wehrleistung die Wehrpflichtigen entweder als Kriegsgenossen oder zu Arbeitsanstellungen überführen lasse, entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage. Die Maßnahmen gelten auch für die Städte Köln, Koblenz und Mainz.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Frankfurt a. M.

Gindenburg und die A.-S.-Räte.

Dem stellvertretenden Generalkommando 18. A. K. ist nachstehende Dringung aus Wilhelmshöhe von der Obersten Wehrleitung zugegangen: Nachdem die Delegierten der Bundesstaaten den Befehl erteilt haben, daß bis zum Zusammenrücken der Nationalversammlung die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten des Volkswillens zu betrachten seien, weise ich darauf hin, daß Konflikte mit diesen Körperschaften zu vermeiden sind. Teilnahme von Wehrpflichtigen, die dem Arbeiter- und Soldatenrat angehören durch die Kommandobehörden und Truppen ist strengstens verboten. Wenn einzelne Mitglieder der Räte in unzulässiger Weise in die Maßnahmen der Kommandobehörden für die Durchführung des Wehrdienstes eingreifen, ist dies unzulässig der Obersten Wehrleitung unter Darstellung des Falles zu melden. Die Reichsregierung ist ersucht, die Arbeiter- und Soldatenräte einzulösen, den militärischen Anforderungen der Kommandobehörden des Feldheeres für die Durchführung der Truppen nachzukommen und sich jeden eigenmächtigen Eingriffes zu enthalten, andererseits dürfen auch Kommandobehörden und Truppen nicht in die zivilen Angelegenheiten der Arbeiter- und Soldatenräte eingreifen. Befehle werden in dieser Richtung sind an die Kommandos zu leisten. Da eine scharfe Abgrenzung der Befugnisse nicht möglich ist, muß erwartet werden, daß von den Truppen des Feldheeres unter Berücksichtigung der Gesamtlage nichts unternommen wird, was Erregung unter der Bevölkerung herbeiführen könnte. Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich des Vorgehens gegen rote Fahnen und Abzeichen; an diesen soll, wenn sie in würdiger Form vorliegt oder der Truppe etwa in Gestalt von Blumen und dergleichen zur Begrüßung vorgebracht werden, ebensowenig Anstoß genommen werden, wie von den A. und S.-Räten und von der Bevölkerung das gleiche hinsichtlich anderer Abzeichen und Flaggen erwartet werden muß.

283 v. Gindenburg.

Zurückkehrende Truppen.

Berlin, 30. Nov. Das Gouvernement Köln teilt mit: Die letzten deutschen Truppen haben am 4. Dezember, vormittags 6 Uhr den Rhein zu überschreiten. Alle Militärpersonen, die nicht ordnungsmäßig entlassen sind und sich nach dieser Zeit auf dem linken Rheinufer aufhalten, laufen Gefahr, interniert zu werden. Die Wehrkommandos sehen ihre Tätigkeit fort.

Düsseldorf, 30. Nov. (WB.) Der beschleunigte Rückzug aus dem linken Rheingebiet bei Düsseldorf wurde trotz aller Schwierigkeiten in der Nacht beendet. Gegen 5 Uhr überschritten die drei letzten Divisionen die Rheinbrücke; auch alles Material war herübergeschafft. Infolge des großen Truppenandrangs blieb die Stadt zeitweilig einem großen Feuerlager. Die Belegung wird in der folgenden Nacht oder Sonntag früh erwartet.

Berlin, 1. Dez. (WB.) Die Räumungen im Oberost-Gebiet nehmen ihren planmäßigen Fortgang. Daad, Koon.

Norma, Meskau, Ostrow und Sobruß sind geräumt. — Drei Infanterie-Regimenter der Heeresgruppe Madensen sind in Oderberg eingetroffen.

Die deutschen Funkstationen.

Berlin, 29. Nov. (WB.) Die Zentralfunkleitung gibt bekannt: Das „Berliner Tageblatt“ brachte am 29. November, abends, die Meldung, daß sich sämtliche Funkstationen in der Gegend von Neuchâtel, die der Sparsparade naheliegen, befinden und daß diese Anstalten ihren Wirkungen entsprechende Nachrichten verbreiten. Demgegenüber stellen wir fest, daß sich sämtliche deutsche Funkstationen unter der Kontrolle der Wehrkommandos, aller internationalen Reichsstellen und des Postregiments befinden, so daß jeder Mißbrauch durch irgend eine Partei ausgeschlossen ist.

Die Ueberrab der Flotte beendet.

Berlin, 30. Nov. (WB.) Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren ist die Abgabe von Kriegsschiffen zur Internierung beendet, bis auf das Linienschiff „König“, den Leinenkreuzer „Dresden“ und ein Torpedoboot. Letztere werden Anfang Dezember nach England überführt. Die letzte U-Bootflotte ist am 29. November von Helgoland in See gegangen. Es sind damit im ganzen 122 U-Boote zur Ablieferung gelangt. Mit dieser Flotte fährt auch der Dampfer der die noch abzuliefernden Torpedos transportiert.

In der Ostsee sind die Räumungsarbeiten an Minen und Wehrsperrn im Gange. Sämtlich der Langeland-Belt, wie auch der Sund sind ohne Gegenstände passierbar. Damit sind die Wege in der Ostsee frei und die diesbezüglichen Bedingungen des Waffenstillstandes erfüllt. Auch Transporte in der Ostsee sind nunmehr in die Wege geleitet. Hierzu sind aus Petersburg kommende Kohlendampfer bei ihrer Rückkehr herangezogen und man hofft, aus Finnland und Kiew den Abtransport in 14 Tagen zu bewerkstelligen. Es ist dann der Abtransport aus Lissabon, der längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Ueber den Aufenthalt der deutschen Kriegsschiffe in England ist nach nichts Näheres bekannt. Nach den letzten Meldungen fanden sie vor dem Rirk of North. Ueber das Abreisen in der Nordsee sprechen mit den Engländern wenig noch Verhandlungen.

Die in Schweden liegenden russischen und deutschen Schiffe sind an die Alliierten übergeben worden.

Berlin, 30. Nov. Das letzte U-Boot, U. 117, ist heute in England interniert worden.

Die Internierung der Armee Madensen

ist, wie von zuverlässiger Seite bestätigt wird, tatsächlich von Anfang an Teil der ungarischen Regierung gesichert worden. Verändert wird die Forderung mit den Bedingungen des zwischen Ungarn und General Frenkel d'Esperay abgeschlossenen Waffenstillstandes, der die Räumung des ungarischen Gebiets durch die deutschen Streitkräfte bis zum 19. d. Mts. vorsieht. Einigenfalls kann für die deutsche Regierung nur der Vertrag von Compiègne in Frage kommen, der ohne Zustimmung lediglich die Zurückziehung der deutschen Offiziersstruppen hinter die Grenzen von 1914 fordert. Dieser Vertrag ist zudem früher abgeschlossen als der französisch-ungarische und müßte demnach bezüglich der Truppen Madensen als eine Erweiterung des letzteren angesehen werden, um so mehr, als von französischer Seite keinerlei Vorbehalt geltend gemacht wurde. Der französisch-ungarische Vertrag, der sich auf den älteren, weil in seinen Bedingungen schärferen Vertrag zurückziehen, entspricht durchaus der allgemeinen Politik, keine Gelegenheit zur Erschwerung der deutschen Situation ungenutzt zu lassen. Wir hoffen jedenfalls, daß dem ganz und gar unbedingten Willen der Franzosen unsererseits entschieden entgegengetreten wird.

Es handelt sich bei den Truppen Madensen um insgesamt 10 Divisionen mit erheblichen Munitions- und Materialmengen. Schon die Freistellung bis zum 19. November in dem französisch-ungarischen Vertrag bedeutete ein unumgängliches Verlangen angesichts der Lage der Verkehrsverhältnisse in Ungarn. Immerhin haben wir von unserer Seite alles getan, auch durch Bestellung von rollendem Material, um den Abtransport der Truppen zu beschleunigen.

Feindeslob klingt.

Vern, 30. Nov. (WB.) Von dem Berichterstatter des amerikanischen Pressedienstes bei einer Sonderkommission bei einer amerikanischen Armee wird unter dem 22. November erzählt, daß die Deutschen, die große Vorräte an Lebensmitteln und Munition mit sich führten, durch das schnelle Vordringen der amerikanischen Abteilungen an der luxemburgischen

deutschen Grenze überrascht worden seien. Während die Deutschen auf dem einen Ufer des Flusses dahinzogen, konnten sie die Amerikaner auf dem anderen Ufer wahrzunehmen. Darauf sandten sie einige Offiziere zurück, um die Amerikaner zu erbitten, nicht so schnell vorzurücken, da es den Deutschen unmöglich sei, so rasch abzurückzuziehen, als es in Anordnung zu geraten. Es blieb den Amerikanern nichts übrig, als ihre Bewegungen zu verlangsamen. Der Bericht schließt: Die allgemeine Absicht des deutschen Kriegsvollzugs ist, die besetzten Gebiete ohne Kampf zu verlassen, die Verwirrung im Transportwesen scheint zu Ende zu sein. Trotz der Niederlage scheinen die Deutschen gute Dinge zu sein. Die abziehende Armee läßt wenig Ausrüstungsgegenstände zurück und bringt auf dem Rückzug Marschlieder. Der allgemeine Eindruck herrscht, daß, obgleich geschlagen, die Deutschen nicht besieg sind. Ihre Haltung den Amerikanern gegenüber ist gutmütig. Nach allen Berichten gehören die Truppen trotz der revolutionären Verhältnisse ihren Offizieren, und es ist wenig Unordnung zu sehen. Lebensmittel scheinen unter den deutschen Truppen in Mengen vorhanden zu sein. Man hat hier den Eindruck, daß die Besetzung des deutschen Gebiets friedlich verlassen wird und daß die Amerikaner nicht wünschen, ihren Einmarsch in Deutschland bedrückend zu gestalten. Es bestehen wenig Anzeichen, daß das Uebersteigen der Grenze Unruhen herbeiführen wird.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Wahltag 16. Februar.

Berlin, 30. Nov. (WB.) Der Rat der Volksbeauftragten nahm in seiner gestrigen Sitzung eine Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) an. Das Wahlrecht wird den Bundesstaaten des Auftrags vom 15. November 1918 entsprechen. Das Reich wird in dem Wahlkreisumfang von 1. August 1914, ohne daß damit der Entscheidung der Friedensverträge vorgeschritten wird, in 38 Wahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je sechs bis zehn Abgeordnete zu wählen sein werden. Die Wahlen sollen, vorbehaltlich der Zustimmung der am 16. Dezember 1918 zusammentretenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, am 16. Februar 1919 stattfinden. Das Reichswahlgesetz und die dazu gehörige Wahlordnung werden morgen im Reichsgesetzblatt verkündet werden.

Berlin, 30. Nov. Die Wahlordnung zur konstituierenden Nationalversammlung bestimmt, daß auch Personen des Soldatenstandes berechtigt sind, an der Wahl teilzunehmen. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist 1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, 2. wer kraft rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt, Armenunterstützung und Konkurs sind nicht mehr Gründe für den Verlust des Wahlrechts. Voraussetzung der Berechtigung zur Wahl ist einjährige Reichsbürgerigkeit. Auf durchschnittlich 150 000 Einwohner, berechnet nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910, fällt ein Abgeordneter. Ein Weiberecht von mindestens 75 000 Einwohnern im Wahlbezirk wird den vollen 150 000 gleichgesetzt.

Der Termin bis zu dem die Wahllokale aufzulösen sind, ist noch nicht festgelegt. Die Wahllokale müssen von mindestens 100 Wahlberechtigten des Wahlkreises unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen tragen, als Abgeordnete im Kreise zu wählen sind. Mehrere Wahllokale können mit einander verbunden werden. Die Verbindung muß vor den Unterzeichnern der betreffenden Wahllokale oder ihrer Bevollmächtigten übereinstimmend bis zu einem bestimmten Termin beim Wahlortsteher angemeldet werden. Eine solche Verbindung kann nur gemeinsam zurückgenommen werden. Zur Prüfung der Wahlberechtigung und der Verbindung der Listen wird in jedem Wahlkreis ein Wahlamt aus einem Vorsitzenden und vier Beisitzern gebildet, der mit Stimmenmehrheit entscheidet.

Aus dem Groß-Berliner Arbeiterrat.

Berlin, 29. Nov. Beratung des Groß-Berliner Arbeiterrats. P o e w: Wäre die Revolution durch ein nichtbewehrtes Proletariat vollzogen worden, dann hätte es nicht vor den Gelbäugen des Kapitals Halt gemacht. Die Reichswehrbesetzung kann nicht von Ebert und Scheidemann ausgehen. Bulle: Die Reichswehrsozialdemokratie trägt mit Schuld am Völkermord (Beisatz und Mordanschlag), wie mit den Leuten, die uns während der langen Kriegszeit verraten und betrogen haben Reichstagsgang. Hermann Müller (Reichsbund): Im Reich ist die Mißbilligung gegen Berlin ungeheuer. Das politische Leben läßt sich durch Dekrete regeln, nicht aber das Wirtschaftsleben, sonst kommen wir dahin, wo Rußland durch seinen Despotismus hingelommen ist. (Zuruf: Wo ist es denn? Rußland ist tot. Kaufe: Durch deutsche Macht). Nein, durch die Bergänge im Wirtschaftleben. Wir müssen zu einheitlichen Richtlinien kommen, wir müssen Autorität haben, das Volkstum

folgen, was beschlossen wird. Somit liegen wir unrettbar in die Zukunft. Schien es auf den Erfolg des Reiches. Wenn in Süddeutschland und im Rheinlande diese Tendenzen zum Siege kommen, so wird das auf andere Provinzen weitergreifen, und in diesen Provinzen kommt schließlich das Wirtschaftsleben eher zum Aufbau als in Berlin.

Neutrale Warnung.

Stockholm, 28. Nov. „Aftonsbladet“ spricht Frankreichs Haltung gegenüber Deutschland folgendermaßen:

„Anstatt auf das ehrliche Streben des besiegten Feindes, trotz der schlimmsten Verhältnisse seine Beizählung zu beschleunigen, schließt man sich Frankreich demselben Hindernisse in den Weg zu legen. Wahrscheinlich folgt es dabei dem heimlichen Gedanken, einen Vorwand dafür zu bekommen, daß die Bedingungen nicht rechtlich erfüllt werden. So wie die Erde schon hier und so jetzt man die Revolution in Egypte. Das masseliche Empfinden an diesem Schauspiel ist trotzdem nicht das Bedenklichste. Die vermerkte Partizipation des deutschen Staatslebens muß dieses total anteminarieren. Man weiß in Paris, wie wenig dazu gehört, um in Deutschland einen Zustand von einzigartigem Ausmaß zu erzeugen. Man sieht sicherlich auch ein, daß derselbe auf das übrige Europa übergreifen kann, die Länder der Mitteren nicht ausgenommen. Wenn nun Frankreich nicht abgesehen von dem Zweck der Völkervereinigung, so ist es klar, daß man dort nicht gegen den Bürgerkrieg in Deutschland hat. Somit wird ein Vorwand für die Mitteren gefunden, das Land zu belagern, alles bricht hierauf. Dadurch könnte Frankreichs Staatsschuld befristet werden. Es kann jedoch sein, daß die Mitteren ihre Rechnung nicht den Wert machen. Auch innerhalb ihrer Länder lebt ein von Sozialismus angehaftes Gemüths. Dieses erhebt vielfach das Wort und legt bestimmten Protest gegen die Bekämpfung der deutschen ein. Angesichts dieser Frage dürfte sich die Entente angelegen sein lassen, mit größerer Rücksicht zu Werke zu gehen. Für die Selbstbehauptung Europas ist es von unermesslichem Wert, daß jetzt, wie sonst die Nationen selbst mit Hilfe der einen gemüthlichen Instanz alles Parastische und Verfallene aus ihrem Innern ausschleiden.“

Ziele des preussischen Kultusministeriums.

Berlin, 30. Nov. Ueber die Richtlinien der Arbeit des Kultusministeriums wies die „Freiheit“ zu melden:

Die Trennung von Kirche und Staat wird grundsätzlich ausgedehnt. Die Religion ist nicht mehr Prüfungssache. Die Einführung eines konfessionslosen Moralunterrichts wird vorbereitet. Kein Lehrer darf mehr zur Erzielung von Religionsunterricht gezwungen werden. Die gewöhnliche Erziehung von Knaben und Mädchen ist in einzelnen Fällen schon jetzt erfolgt. Die Schüler erhalten Selbstbestimmungsbuchhandlung. Jeglicher Chauvinismus ist aus dem Unterricht, besonders aus dem Geschichtsunterricht, verbannt. Die Einheitschule ist gebildet. Mit dem Abban der Vorstudien wird schon jetzt begonnen. Das Abiturientenexamen wird umgestaltet. Die Examina werden vermindert. Fernunterricht wissenschaftlicher Vertreter des Sozialismus und anderer bisher kennzeichnender Lehrtätigkeiten sollen auf ebendieselbe Weise besessen werden. Lehrpläne und Forschungsinstitute für Soziologie werden eingerichtet. Das in großen Teile aufzubauende Volkshochschulwesen wird in organische Beziehung zu Schule und Hochschule gesetzt.

Chronverzicht in Württemberg.

Stuttgart, 30. Nov. (VBA.) Der König von Württemberg hat heute folgende Kundgebung erlassen:

„An das württembergische Volk! Wie ich schon erklärte, soll meine Person niemals ein Hindernis für die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und dessen Wohlergehen sein. Geleitet von diesem Gedanken lege ich mit dem heutigen Tage die Krone nieder. Allen, die mir in 27 Jahren treu geblieben sind, mit hoch Gutes erwiesen haben, vor allem auch meinen heldenmütigen Truppen, die durch vier Jahre schweren Kämpfen mit größtem Opfermut den Feind vom Vaterland fern gehalten haben, danke ich aus herzlichem Grunde, und erst mit meinem letzten Atemzuge wird meine Liebe zur teuren Heimat und ihrem Volk erstehen. Ich werde hierbei zugleich im Namen meiner Gemahlin, die mir während der letzten Jahre ihre Arbeit zum Wohle der Armen und Kranken im bisherigen Umfange nicht verließ. Gott segne, behüte und schütze unser geliebtes Württemberg in aller Zukunft! Dies mein Schlußwort. — Hebrun, 29. November 1918. (gez.): Wilhelm.“

Vereinigung Serbiens mit Montenegro.

Paris, 30. Nov. Das serbisch-montenegrinische Pressebureau meldet aus Belgrad in Montenegro vom 29. 11: Die große montenegrinische Skopschina schließt einstimmig, König Nikolaus und sein Sohn abzugeben und Montenegro unter König Peter III Serbien zu vereinigen.

Europa kann nicht drei Monate warten.

„Daily Express“ schreibt: Man hofft, daß Pöhl Clemenceau nächste Woche nach London zur interalliierten Konferenz begleiten wird. Die Annahme, daß die Weltfriedenskonferenz die Friedensbedingungen nicht innerhalb drei Monaten zur Unterscheidung vorbereitet haben kann, wird, wie das Blatt schreibt, in militärischen Kreisen Englands bestritten. Europa könne nicht drei Monate warten. Die Demobilisation und die Wiederbeschäftigung müssen notwendigerweise beschleunigt werden, bis der Friede geschlossen ist. Die Friedenskonferenz wird also wahrscheinlich den Friedensvertrag in der Hauptsache schon im nächsten Monat abgeschlossen haben. Der Vertrag wird sobald als möglich unterzeichnet.

net und die Anordnungen für eine Art internationaler Postzeit getroffen werden, um ihn durchzuführen. Internationale Kommissionen werden die Einzelheiten in erheblicher längerer Zeit ausarbeiten. Historische Fragen, die Frage der Volkshochschulung und andere schwierige Probleme müssen von diesen Kommissionen erzwungen werden. Offenbar kann aber die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht verschoben werden, bis alle diese Fragen fertiggestellt sind.

Kaiser Karls Doppelspiel.

Wien, 28. Nov. Das Budapest „Nachtblatt“ bringt Aufzeichnungen über Kaiser Karl. Melerle sagte: Der Kaiser war unzufrieden. Er versprach mir, die jüdische Frage in ungarischem Sinne zu lösen und schickte den Grafen Tisa hinunter, um mit den Südländern zu verhandeln. Gleichzeitig beauftragte Karl hinter ungarischen Rücken Károlyi mit der Zumbildung des künftigen Staates. Karl orientierte Károlyi über alle Umstände, so daß Károlyi seine Wählerheit gegen eine sofortige Beendigung konnte. Ich habe den König vor diesem Doppelspiel gewarnt und ihn darauf gemahnt, daß er dem Thron verlustig werde. Melerle behauptete ferner, daß die Anspitze der Jüden auf ungarisches Gebiet auf direkte Ermunterung des Königs Karl zurückzuführen sind.

Ein Soldat.

Wien, 27. Nov. Der Feldmarschall Kövess erklärte in einer Unterredung u. a.: Heute steht man mich unter einen Hut mit Ironie würde alles, was sie zu schätzen verpflichtet waren, im Stiche gelassen haben. Selbst der Kaiser hat seine Arme verlassen. Ich bin jetzt der einzige, der übrig bleibt, um das, was übrig ist, nach Tunesien zu retten. Bei der Abdankung des Kaisers habe ich mit diesem feierlichen Bistum mehr geteilt. Ich will aber als Armeekorpskommandant auf dem Platz bleiben und die letzten Reize der einst großen und mächtigen österreichisch-ungarischen Arme nach sowie beschaffen. Er hat ein Gut, das nicht dem Kaiser oder der Dynastie gehört, sondern sie gehören Österreich-Ungarn an, also auch dem neuen Staat. Wenn ich meine Aufgabe vollständig habe, werde ich zurücktreten, wie jeder Soldat, der keine Pflicht erfüllt hat.

Die Judenpogrome in Galizien.

Berlin, 28. Nov. (VBA.) Die „B. B. am Mittag“ bringt einen ausführlichen Bericht ihres jüdischen aus Lengberg zurückgekehrten Mitarbeiter Max Reiner über die Judenpogrome in Lengberg. Reiner war vom 1. bis 24. 11. in Lengberg eingeschlossen und hat die entsetzlichen Pogrome miterlebt. In dem Bericht heißt es: Schon in den ersten Stunden nach dem Einzug der Polen am 22. 11. begannen im jüdischen Viertel Lengbergs die Minderungen. Die Geschäfte wurden von den Regionären ausgebrochen und ausgeraubt. Aber nicht nur Juden, sondern auch deutsch-österreichische Offiziere und Soldaten, fast jedermann, der nach einem gewissen Ansehen oder wenigstens Sprach wurde auf offener Straße ausgegründet. Die Minderungen nahmen einen immer gewalttätigeren Charakter an, ohne daß von den polnischen Behörden eingeschritten wurde. Wie den Minderern Widerstand geleistet wurde, machten sie von ihren Waffen schonungslos Gebrauch. Es ist offensichtlich, daß die Minderungen und die Pogrome von den polnischen Kommandanten nicht nur gut geheißt, sondern sogar organisiert worden sind, und es wurde offensichtlich die Parole befolgt, daß keine unmisslichen Gesandte geplündert und keine Unsauberheiten mifhandelt werden dürfen. Um so bestialischer benahmen sich die Regionäre gegen die wehrlose und waffenlose jüdische Bevölkerung. Die jüdische Minder war sofort nach dem Einzug von den Polen ermordet und zum Teil erschossen worden. Polnische Partisanen und Offiziere der polnischen Legion drangen in Privatwohnungen ein und räumten unter Todesdrohungen Geld und Wertgegenstände. Die Ausweisungen wurden immer mehr. Die Minderer hatten Weinfelder erbrochen und sich betrunken und wurden in diesem Zustande immer bestialischer. Am 23. November begann man mit dem massenhaften Rorden im Judenviertel. Zunächst vergrubten sich polnische Regionäre damit, in den Straßen des Judenviertels einzelne durch die Straßen gehende Juden niederzuschlagen. Später begannen sie damit die Juden zusammenzutreiben und in den Häusern förmlich abzuschießen. Einige hundert Juden starben in ihrer Todesangst in die Synagoge und verbarrikadierten sich dort. Die polnischen Regionäre umgingen das alte Rathaus und legten Feuer an. Während der Tempel brannte, verließen zahlreiche Juden aus den Fenstern des Gotteshauses zu springen; aber nur sich aus einem Fenster springen wollte, wurde von den unten stehenden Regionären niedergeschlagen. Das Rathaus brannte vollständig nieder. In ihm verbrannten mehr als hundert Juden. Dieses Vorgehen wurde von den Polen dann im Großen wiederholt. Das ganze Judenviertel wurde von den polnischen Regionären umzingelt, sämtliche Straßen gesperrt und systematisch Haus für Haus in Flammen gesetzt. Aus den brennenden Häusern stürzten immer und um Gnade stehend Männer, Frauen und Kinder auf die Straßen. Sie wurden von den Regionären durch Kolbenstöße, Bajonettschüsse und Gewehrschüsse getötet oder in die brennenden Häuser zurückgedrängt. Am 23. 11. nachmittags lag der größte Teil des Judenviertels bereits in Trümmern. Etwa 1100 Personen dürften bei diesen Pogromen umgekommen sein. Die polnische Bevölkerung Lengbergs hat die Pogrome mit verbossener Begeisterung aufgenommen und begrüßt. Nachdrücklich muß darauf hingewiesen werden, daß die Minderungen und Rorden ausschließlich von den Angehörigen der polnischen Legion unter der Leitung ihrer Offiziere ausgeführt wurden und daß das

polnische Kommando von den Juden ganz genaue Kenntnis hatte aber nicht einfordern wollte. Gätte man diese Wissenstände verhindern wollen, so hätte es genügt, wenigstens am 2. Tage nach der Eroberung der Stadt das Stadtbrot zu verlinken. Dies war absichtlich unterlassen worden, damit den Regionären vor schon vorher versprochen worden, daß ihnen nach der Eroberung Lengbergs eine 48stündige Blinderung im Judenviertel erlaubt sei.

Die Berliner Zustände.

Besonders ist aus jüdischen Kreisen bereits vorgeklungen worden, die Nationalversammlung nicht nach Berlin, sondern in eine mitteldeutsche Stadt, etwa nach Weimar einzuberufen. Sollte begründet die „Germania“ eingeben, weshalb unter den gegenwärtigen Verhältnissen Berlin nicht in Betracht kommen kann:

„So bitter es ist, es anzusehen, daß unsere demokratische Regierung keine Sicherheit bietet für die geordnete Tagung des Nationalparlaments, es hat keinen Zweck, das zu verschweigen oder zu beschönigen. Die Hauptstadt des Reiches, dieser Weltstadt, leidet unter den revolutionären Einwirkungen außerordentlich. Selbst wenn die Kosten und Lebensmittelförderung in Berlin mit außerordentlichen Mitteln gelöst würde, so würde immer noch für die Nationalversammlung Berlin ein frogezügiger Boden sein. Die Sportfestspiele und das, was man sie herumhängt, wird vor dem Versuch nicht zurücktreten, gegen ein Parlament, welches ihrem Willen nicht gefügig ist, alle Mittel des Terrors anzuwenden, und hier beherzigt in der Tat die Situation. Man kann annehmen, daß etwa 100 000 Jüdinnen in Berlin im Besitz von Waffen sind, Gewehren, Revolvern usw. Auch eine große Anzahl Maschinengewehre lag in Händen von Jüdinnen. Große Mengen von Maschinengewehren und Handgranaten sind aus den Depots entwendet. Dagegen soll die Schutzmannschaft ohne Waffen die Ordnung durchsetzen. Das deutsche Militär ist zum Teil ohne Waffen, zum anderen Teil vollständig unbrauchbar. Eine Jüdischkeit, in Berlin höhere Verhältnisse zu schaffen, ist bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung nicht ansetzen. Daraus muß der Gedanke entfallen erzwungen werden, die kommende Nationalversammlung an einem Orte tags zu lassen, in dem das Nationalparlament wirklich ohne Beeinträchtigung der Strafe und unabhängig von äußeren Einwirkungen seine Beschlüsse fassen kann.“

München, 26. Nov. In der „Münchener Post“, die in der Schweiz fest gemauert Zeit durch eine führende Persönlichkeit der bayerischen Sozialdemokratie vertreten ist, wird heute über Amerikas Stellung zu Deutschland u. a. folgendes geschrieben:

„Nach den bisherigen Nachrichten ist Berlin zum Brennpunkt einer Gruppe geworden, deren Sieg den Untergang der deutschen Kultur und des europäischen Friedens bedeuten würde. Es ist nicht richtig, anzunehmen, daß Amerika Wohlstand und Sozialdemokratie in einen Topf wirft und unter dem Deckmantel eines Vergebens gegen die Entartetelemente einer freibewerblichen jüdischdemokratischen Revolution Deutschlands einen Nadelstoß verschieben möchte. Amerika will nur einen auf breiter völkerrechtlicher Grundlage ruhenden dauernden Frieden in Europa und in der Welt. So groß diese Aufgabe ist, Wilson wird Amerikas Willen durchsetzen. Er hat militärisch und wirtschaftlich die Macht dazu, die Macht und die Macht auch das Recht. Wird in Berlin nicht sehr reich und sehr nachdrücklich Wandel geschaffen, so steht dem deutschen Volk zweifellos eine harte Prüfung bevor. Mit einer Jüdischkeit, von unklaren Zielen hin und her gemessenen Regierung wird kein Friede geschlossen, vielmehr auch kein Vorbeide. Die Volksentscheidungen der Reichsregierung müssen diese aus freier Kenntnis der Lage kommende Mahnung nicht überhören. Einer selbstgegründeten Volksgewalt, die im Bewußtsein, den Willen einer überwältigenden Mehrheit der Nation zu vertreten den Mut findet, einer Minderheit phantastischer sozialistischer Misslektionen gebietlich entgegenzutreten, würde Amerika und mit ihm nachgedrungen Frankreich, England und Italien den Frieden nicht weigern, und es wäre der Friede, den Wilson herauszufangen. Doch aber Amerika diesen Frieden, der unerschütterlicher polnische Tätigkeit des deutschen Volkes, durch Sperrmaßnahmen und Selbstverweigerung auf eigene Faust erzwingen würde, ist außer Zweifel.“

Ein Vorschlag zur Güte.

Berlin, 29. Nov. (VBA.) Die deutsche Regierung übermittelte durch Vermittlung der Schweizer Regierung folgende Note an die englische, belgische, italienische und amerikanische Regierung:

Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheit gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgesandten, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten in allen Einzelheiten anzuklagen. Ein vollständiges waffenstillsetzendes Bild der Weltlage und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Kanonen des Hasses und der Minderwertigkeit niederzulegen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Vergangenheit bei Freund und Feind ist die Voraussetzung für die künftige Einigung der Völker, ist die einzige mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für einen Bund der Völker.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, daß eine neueste Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilspruch gewährleisten. Die Regierungen kriegführender Mächte müssen sich bereit erklären, einen solchen Kommission ihr gesamtes Utensilienmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kom-

Herzenskämpfe.

(Roman von Helene Schäfers, geb. von Gerodorf.
Copyright 1915 by C. Ademann, Stuttgart.)

80) Nachdruck verboten.

„Sie konnte noch nicht von der Arbeit weg, weil man bei der Herrschaft heute ein großes Fest, die Verlobung der einzigen Tochter gefeiert hat“, entgegnete Hilde, möglichst die Sprechweise der Leute aus dem Volk nachahmend. „Ich bin voraus gefahren, weil es schon so arg spät ist, damit sie nicht meinen täte, wir kämen gar nicht.“

„Das war' allweil gefeierter gemeint“, erwiderte der Fischer, weil wir doch nicht loslösen, bei dem arge Wetter, dem Sturm, der ständ'le Nacht . . . nun könne Sie nur strads wieder heimlaufen!“

Hilde erwidert so sehr, daß ihr Herzschlag kostete. O, Himmel, nachdem alles bisher so gut und glatt verlaufen war, sollte die ganze Sache noch scheitern, denn wenn sie nicht bis morgen früh weit fort in Sicherheit war, würde man sie sicher auffinden und zurückschleppen. Wo sollte sie sich verbergen, wo sollte sie Schutz haben?

„Über das ist unmöglich, wir müssen fort, ganz bestimmt, sobald Pina kommt“, sagte sie endlich beschämt. „Sie wissen ja, es geht um Leben und Tod!“

„Ja, gerade, freilich weiß ich das“, erwiderte er, aber anders, als Sie's meine, Junger . . . Wenn wir in dem Unwetter in meinem Kladden den Rhein raus fahren wollten, dann ginge's um Leben und Tod, indem wir wahrlichlich all mit-jamme verbräute täte.“

„Nun, Josef das tu' Sie nicht!“ rief eine ängstliche Stimme vom Boot her, „das tu' Sie nicht und dem Kind sich an! Die Wäcker müße ebe bis morge am Tag warten!“

„Aber, liebe Frau, bedenken Sie doch, wenn Ihre Mutter am Sterben wäre, was stüen Sie dann? würden Sie ruhig im Boot bleiben weil's Wetter gerade schick ist?“

„Ach, Ihre Frau!“ erwiderte die Frau, „was tu' Sie der Frau nütze, wenn der andere dazu sterbe müße?“

„Aber das braucht doch gar nicht zu geschehen“, überredete Hilde weiter. „Der Mann, der Josef, ist ja so selbstig und stark, der bringt's schon fertig, doch wie sicher antommen.“

Josef kratzte sich hinter'm Ohr.

„Weißt du, Teresa“, hoche er zu seiner Frau, achselwackelt von Hilbes Autouen in seine Kraft und Geschicklichkeit, „ich mein', ich soll's doch probieren, weil es der Junger und auch

dem Pinge so arg drum ist! Und weil ich's Ihre doch mal verspreche hab.“

„Ja, und so ein braver Mann hält sein Wort!“ bekräftigte Hilde seinen schwankenden Entschluß.

„Nein, nein, ich leid's nicht! Ich tüt sterbe vor Angst!“ rief die Frau wieder, beinahe kreischend, während das Kind, in seiner Ruhe gelöst, leise zu nimmern begann.

Da lehte Hilde einen Entschluß.

„Gute Frau“, sagte sie aufstehend und an das Boot herantretend, „wegen Sie sich nicht aus, sondern lören Sie mich an! Sie haben Ihr Kindchen lieb, nicht wahr? Nun, wenn der Josef sein Wort hält und uns im Boot fortstößt, so laß' ich Ihnen für den Kleinen 40 Mark hier, und 50 Mark weiter schide ich Ihnen, wenn wir aut angekommen sind.“

„Jesus, Maria und Josef! Sind Sie denn so reich? 100 Mark! Ja ist denn so etwas möglich?“ schrie die Frau.

„Ja, ich hob' mir in dem reichen Hause lovely gepost“, sprach Hilde ruhig. „Ueber fünfzig habe ich hier in meiner Tasche, das lärtich deheim auf der Sparsasse.“

„Und nun wolle Sie's alles hergeben für Ihr Bäsche, s' Pinge?“ wunderte sich die Frau. „Sie sind aber mal gut! Aber nun, was meinte, Josef?“

Eine so große Summe, die ihr wie ein laß unerlöschlicher Reichtum erschien abzugeben, vermochte die Frau nicht.

„Nu, da ach ich halt und richt' den Mache, demest kommt dann s' Pinge“, antwortete Josef, „da eine warme Fährerinde an, lehte einen weichen alten Filzhat auf den Kopf und ging hinaus.“

Hilde fiel ein Stein vom Herzen. Gottlos, auch dieses Hindernis war beseitigt! Wenn nur Pina nicht aufgesehen wurde, wenn sie nur bald käme.

Um die Frau besternd zu beruhigen und auch allen Zeitverlust zu vermeiden, zog sie ihre Wäcker heraus, schickte fünfzig Mark ab und gab sie der Frau in die Hand.

„Ja“, hoche sie, „den Rest schide ich Ihnen durch die Post zu. Sie können ganz unbelohnt sein, wenn es auch ein paar Tage dauert, ich muß lo das Geld erst von der Sparsasse holen.“

„O, doch man bei dem vornehme Herrschaffe soniel sich verdienen lann“, hoche die Frau immer noch voll Staunen. „Aber Sie sind auch ein tra lauberes Mädche, und auch brau. Sie hot man gemik besonders aern, weil? Wie hoch Sie doch gelohnt?“

„Traubchen Schmitz“, erwiderte Hilde, „wel in den Rhein, sondern sehr hübsche Namen wählend, die eine etwaige Nachschickung möglichst erwidern müßen.“

Wo nur Pina so lange blieb? Vor tom es vor, als hätte sie schon eine Ewigkeit hier in der Fischerhütte zugebracht. Aber als sie auf die lautbrüende Wanduhr blickte, sah sie, daß es erst eine halbe Stunde war.

Endlich erdacht ein Klopfen am Fenster. Hilde nahm die kleine Lampe und ging damit hinaus um die Tür zu öffnen. Draußen stand Pina. — Gottlob! jetzt! durchdrück, atemlos.

„Ach, Sie sind da, gnädiges Fräulein! Gott sei gedankt!“ küßte sie herzlich. „Ich habe Todesangst ausserstanden, Sie könnten den Weg verfehlt oder sonst einen Unfall erlebt haben!“

„Und mir ist's gerade so wie dir neanagen, Pina“, erwiderte Hilde. „Gottlob daß wir wieder beisammen sind! Aber hier gab's noch die größte Gefahr.“

Und sie erzählte ihr mit heißen Worten von der Melierung Josefs, die im Boot fortzuführen, und wie es ihr endlich gelungen sei, ihn doch zu bestimmen.

„Doch nun komm schnell ins Zimmer, wärme und trockne dich noch ein wenig bis Josef was folgt“, fuhr sie fort, „und denk dran, daß es hier kein ardhieses Zehlein“, sondern nur ein „Traubchen Schmitz“, dein Bäsche ist.“

„Pinge“, rief die Frau, als sie ins Zimmer trat, vom Bett aus, „ist denn dein Mutter so arg schlimm dran, daß ihr Lardu best' Nacht fort müße?“

Das Heulen des Sturmes, als die Tür aufging, hatte ihre Angst aufs Neue entfacht.

„Ach was Trinde, das ist gar nicht so arg, wenn man drausse ist, wie's hier drin tut“, beruhigte Pina, „du brauchst dich gar nicht ängstigen. Dein Mann wird auch oft beim liebste Mutter ras müße! Daron müßt du dich halt gewöhne, daß sie bist du eine Fährerfrau.“

Viele verächtliche Ausdrücke half mirlisch. Die Frau legte sich beruhigt aufs Kissen zurück und meinte:

„Eigentlich hätte Recht. Es gehört eben zu seinem Erwerb und ich muß mich necht schide! Dein Bäsche, s' Traudche, hezahlt ihm so auch ara viel dafür.“

Eben polterte Josef mit großem Geräusch wieder zur Tür herein.

„N's Pinge gefomme?“ fragte er den Karl ins Zimmer stredend. „Allo, dann kommt“, fuhr er fort, als er sie erblickte.

„Ach mein' als, das Wetter war' ein klein wenig besser geworden. Nu, Trinde, halt dich dran, morgen mittag bin ich wieder da.“

Fortsetzung folgt.

Bekanntmachung

Petrolumfar'en-Ausgabe
am Mittwoch, den 4. Dez. 1918, an Hausaltären ohne 1 n. s. lichte e leuchteten deren Parolale der Leber einstrahlte auf Zimmer Nr. 9 des Stadtkaufers.
Auf jede benutzene Zigarette kam die erste 1 Liter der im Preise von 45 Wp. in den noch lebenden Ge schäften erhält sich in Friedrich Schlegel Wwe., Lind & Soold, Emil Lohmann, Wolff Schmidt, Schade & Küllgrabe, Ferd. Hans Damm, Kuchholzer, Georg Möbbs, Friedrich Wülfel.

Friedberg, den 21. Nov. 1918.
Der Bürgermeister,
S. B. Damm.

Bekanntmachung

Schöne Meduzen zur öffentlichen Kenntnis, daß von heute an bis auf weiteres die Ausstellung von

Wegscheinein
für Web-, Web- und Erwidern von

Schulbedarfs-Scheinein
zur Wittmo's und Camofas, vom 1. 9. von 8 bis 12 Uhr, im hiesigen Behörnter-Kaufhaus (alte Post) Zimmer 8, zweites Etod, hauptst.

Friedberg, den 21. Nov. 1918.
Der Bürgermeister,
S. B. Damm.

Wahrung

der Gemeinde-Steuer.

Unter Bezugnahme auf die Mitteilung a) Seite 2 des Steuerzettels u. d. hiesigen Bekanntmachung, daß die bis Ende November 1918 fälligen Steuern a. d. Einkommen der Nachruhe bis zum 12. Dezember 1918 zu entrichten sind; nach Ablauf dieser Zeit beginnt die Zwangsbeitragsung.

Es wird hierbei dringend empfohlen, sich der Uebermittlung aus Kant- oder Schadenschaden zu bedienen. In diesem Falle ist außer dem Namen auch die Heberzahlnummer des Steuerzettels anzugeben.
Friedberg, den 2. Dez. 1918.

Die Stadtkasse.

Dachsel,

schwarz, außerordentlich groß, hat auf den Namen Waldmann, entlaufen.

Gegen Belohnung abzugeben bei Dr. Wederling, Friedberg.

Bekanntmachung.

- Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe können vom 2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich. Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

- Der Umtausch der Zwischenscheine für die 4 1/2% Schahamweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4 1/2% Schahamweisungen von 1918 folge VIII findet gemäß unserer Anhang ds. Mits. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Verloren

auf dem Wege Dannebergstraße - Poststraße - Kaiserstraße von einem kriegsinvaliden Portemonnaie mit Inhalt und Monatskarte.

Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle der „Neuen Tageszeitung“.

Graver Junge

zur Erlangung der Kunst- und Gewerbeschule in einem kleinen, der Kunst eingerichteten Betriebe gesucht. Vergütung im Hause.

Zuschreiben unter Nr. 207 an Daube & Co., Frankfurt a. M.

Lüchtige

Schweizerin

gegen hohen Lohn gesucht. Robert Herberl, Ober-Erlenbach.

Bekanntmachung.

Nachdem un'ere dringende Warnung an sämtliche Gasabnehmer den Gebrauch der Gasapparate auf das äußerste Maß einzuschränken nicht so beachtet wurde, wie mir mit dem Hinweis auf den Eintr der Kohlenpreise erwarren müßten, eben wir uns ge-mun-en, Sperren einzuführen und zwar wick vom heutigen Tage an in den Stunden

morgens	von 9 bis 11 Uhr
nachmittags	" 10 " 5 "
nachts	" 1 " 7 " morgens

der Gasdruck so weit vermindert, daß jeglicher Gebrauch der Gaslampen, Koch- und Heizapparate unmöglich ist.

Die Gasabnehmer werden hiermit ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Gähne an den Gasapparat während der Sperrenzeit geschlossen sein müssen, damit in alle bei Wieder-eintritt der Gasabgabe vermieden werden.

Wiederholt werden mir die Gasnehmer auf, in den Stunden der Gasabgabe den Gebrauch der Lampen, Koch- und Heizapparate auf das äußerste Maß einzuschränken, in w'elche des räumlichen Ausmaßes jeder Zufuhr ein Wohn- die Konsumrate schon sehr im-po geworden ist.

Städt. Licht- und Wasserwerke Friedberg i. S.

Friedberg, den 2. Dezember 1918, abes 38 B Uue

Volkssammlung

in der Stadtkasse, Vortrag des Herrn Direktor Dr. Diecker über: „Deutschlands Erneuerung“.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet ein Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Verleigerung.

Wegen Aufgabe der Deponome verleihere ich Domarcosia, den 2. Dezember, vorm. 10 Uhr, in meiner Ho rante

2 fünfjährige, gut eingefahrene, mittelw'ere Arbeitspferde (Füdische).

1 Selbstfahrender mit Vorderwagen.

1 Zweispänner-Reiterwagen.

1 siebenbürg. Grubber.

1 Hornburger Pflug.

1 eiserne Egge.

1 Pflugsch.

Heinrich Leonhardt Bades Ober-Kosbach bei Friedberg.

Eine gute Fädeluh (Simmentaler Kasse) und ein importiertes Mutterkalb unter meinen die Wahl, stehen zu verkaufen bei Wilhelm Beh, Landwirt, Miesch.

Bisientarten meist schnell und billig. Dr. Goggenberg, Friedberg, i. Dez. 1918.

Fräulein

als Stütze im Geschäft gesucht Eintritt sofort.

Deutsches Haus

Achtung!

Ganzschon keine Waqnos mehr!

Nafrada

Sauerstoff-Bleiche, das Ideal-Waschmittel.

In Originaldoen zu haben im Hessischen Versandhaus

Ph. Diener, Friedberg i. Hessen.

gegenüber d. Lebensmittelausg.